



Nachrichten aus Brüssel

Krankenhausversorgung mit Arzneimitteln

Die EU-Kommission hat beschlossen, Deutschland wegen seiner Vorschriften über die Versorgung der Krankenhäuser mit Arzneimitteln durch krankenhausexterne Apotheken vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen. Die deutschen Rechtsvorschriften sind nicht mit den Bestimmungen des Art. 28 EGV über den freien Warenverkehr vereinbar. Deutsche Krankenhäuser können – zwingend verknüpft mit einer Beratungsleistung – Arzneimittel bisher praktisch nur über in der Region ansässige Apotheken beziehen. Dadurch bleibt Apotheken aus anderen EU-Mitgliedstaaten der Zugang zu diesem Markt verwehrt. Nach Ansicht des EuGH können Beratung und Versorgung jedoch getrennt und damit auch überregionale Anbieter berücksichtigt werden.

Gesunde Ernährung und körperliche Bewegung

Die Europäische Kommission hat die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung zum Grünbuch „Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung: eine europäische Dimension zur Verhinderung von Übergewicht, Adipositas und chronischen Krankheiten“ vorgelegt. Die wesentlichen Vorschläge aus der Anhörung sind ein grenzübergreifender Austausch vorbildlicher Verfahren, EU-Leitlinien und Ernährungsleitfäden für gesunde Ernährung, bessere Verbraucherinformation, Verbesserung der schulischen Mahlzeiten und Förderung körperlicher Aktivität durch finanzielle Anreize. Circa 14 Millionen übergewichtige Kinder in Europa – davon drei Millionen fettleibig – sowie der Anstieg von Übergewicht und Fettleibigkeit allgemein, erfordern ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene sowie in den Mitgliedstaaten.

Ausfuhrverbot von Quecksilber

Die Kommission hat Rechtsvorschriften für ein Verbot sämtlicher Quecksilberausfuhren aus der EU ab dem Jahr 2011 angekündigt. Hintergrund ist die EU-Strategie zur Reduzie-

rung der weltweiten Exposition durch Quecksilber für Mensch und Umwelt. Die weltweit rückläufige Nachfrage für Quecksilber liegt derzeit bei ca. 3400 t jährlich, wobei 440 t auf die EU-15 entfallen. Durch das EU-Ausfuhrverbot werden das weltweite Angebot und auch die Emissionen des Schwermetalls in die Umwelt erheblich verringert. Die Frage nach der zukünftigen Behandlung des zahnmedizinischen Amalgamabfalls stellt sich damit in naher Zukunft.

EU-Alkoholstrategie

Der Gesundheits- und Verbraucherschutzkommissar *Markos Kyprianou* hat eine Mitteilung über eine „Alkoholstrategie“ in der EU vorgelegt. Die fünf Handlungsfelder, die bis 2012 in der Hauptsache von den Mitgliedstaaten bearbeitet werden sollen, sind:

1. Schutz Jugendlicher, Kinder und ungeborenen Lebens;
2. Verringerung von Verletzungen und Todesfällen auf Grund von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss;
3. Vorbeugung alkoholbedingter Schädigung bei Erwachsenen und Verringerung der negativen Auswirkungen auf den Arbeitsplatz;
4. Information, Aufklärung und Bewusstseinsbildung bezüglich der Auswirkungen von schädlichem und gefährlichem Alkoholkonsum;
5. Aufbau eines gemeinschaftlichen Datenpools auf EU-Ebene.

Die Kommission verzichtet auf eigene harte Gesetzesvorschläge und beschränkt sich vorerst auf die Unterstützung nationaler Maßnahmen. Von den im Vorfeld kritisierten Vorschlägen eines EU-einheitlichen Abgabalters für alkoholische Getränke und von Warnhinweisen ist sie abgerückt. Eine Null-Promillegrenze für Fahranfänger wird dagegen begrüßt. Grundsätzlich sieht die Kommission die Mitgliedstaaten in der Verantwortung für eine nationale Alkoholstrategie und Vorgehensweise.

Dr. Markus Schick
Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union